

Was uns der Wirtschaftskrieg gegen Russland kostet - zu Ursachen und Auswirkungen¹

Detlef Bimboes

Wir stehen vor bahnbrechenden geopolitischen Machtverschiebungen, wie wir sie – so Alexander Rahr – „1815, 1919, 1945 und 1991 gesehen haben“ (Rahr, 2022). Die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandene „alte Ordnung ist definitiv zu Ende“. Notwendige Wege für eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung sind auf lange Sicht zerstört. Die Machtverschiebungen sind von dauernden Krisen, Konflikten und Kriegen begleitet. Die unipolare und von den USA bislang beherrschte Weltordnung ist im Übergang zu einer multipolaren Weltordnung, die entweder durch den Sieg der USA und ihrer Verbündeten aufgehalten oder begraben wird oder tatsächlich den Weg in diese Richtung nimmt.

Um was es beim Ukraine-Krieg wirklich geht

Und mit Blick auf den Ukraine-Krieg hat Michael Hudson kurz und treffend ausgedrückt, um was es geht: „das, was im Februar wie ein Krieg zwischen der Ukraine und Russland aussah, in Wirklichkeit ein Auslöser ist, der darauf abzielt, die Weltwirtschaft neu zu strukturieren - und zwar in einer Weise, die die Kontrolle der USA über Westeuropa und den globalen Süden sichert“ (Hudson, 2022). Es geht „um die Kontrolle der USA über den internationalen Handel und Zahlungsverkehr“ und darum, „die Uhr zurückzudrehen, um die Nahrungsmittel- und Ölabhängigkeit von der Dollar-Zone und ihren Satelliten in der Eurozone wiederherzustellen“. Gleichzeitig ist „geopolitisch gesehen der Stellvertreterkrieg in der Ukraine für die USA ein praktischer Vorwand, um Chinas Belt and Road Initiative (BRI) zu kontern“. Nicht zuletzt haben die von den USA, der EU und den Nato-Mitgliedstaaten verhängten Sanktionen gegen Russland mit Blick auf Getreide und Düngemittel bereits die Situation in den Ländern des Südens verschlimmert. Von Deutschland aktuell befürwortete Lockerungen werden auf EU-Ebene insbesondere durch Polen und Balten hintertrieben. Im Vordergrund steht der Hunger in Afrika, aber im Hintergrund stehen handfeste strategische Interessen der Wirtschaft in den Bereichen Rohstoffe und Energie.

¹ Überarbeitete Fassung eines Vortrags beim MEZ am 20.01.2023

Wie sich das Verhältnis zu Russland langsam verschlechterte

Ungeachtet des Zusammenbruchs der Sowjetunion und der Auflösung des Warschauer Pakts und seiner Mitgliedstaaten wurden die abgeschlossenen Gasverträge und die Gaslieferungen nach Westeuropa eingehalten. Doch sie – und mit diesem Thema beschäftige ich mich hier ausschließlich - gerieten immer mehr in den Strudel sich langsam zum Schlechteren hin verändernder Verhältnisse. Denn nach dem Ende des Warschauer Pakt-Staatensystems wurde im Interesse imperialer Herrschaftssicherung der USA, aber auch letztlich im Interesse der EU eine gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsordnung unter Einschluss Russlands verhindert. Die Grundlagen dafür wurden bereits ab 1991 mit der Wolfowitz-Doktrin („no rivals planning“) gelegt. Und die Positionen des ehemaligen US-Sicherheitsberaters Zbigniew Brzezinski dürften hier sicherlich eine große Rolle gespielt haben, die er ein paar Jahre später dann mit seinem Buch „Die einzige Weltmacht – Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ öffentlich machte. So landete die Charta von Paris für ein gemeinsames Haus Europa auf dem Müllhaufen der Geschichte. Und die Nato wurde auf globale out-of-area Einsätze ausgerichtet zur Sicherung des weltweiten Zugangs zu strategischen Ressourcen wie Erdöl. Mit der Aufnahme der baltischen und ostmitteleuropäischen Staaten in die EU und deren Beitritt in die Nato, was insgesamt im Jahre 2004 abgeschlossen war, wurden die Sicherheitsinteressen Russlands mehr und mehr missachtet. Zugleich gelang es den USA gemeinsam mit den zunehmend nationalistisch, transatlantisch und antirussisch ausgerichteten neuen Machteliten in diesen Ländern zusammen mit den EU- und Nato Mitgliedstaaten Rumänien und Bulgarien einen regelrechten Sperrriegel gegen Russland von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer aufzubauen. Damit wurden zugleich Spaltungsprozesse in der EU eingeleitet.

Wie sich diese Veränderungen auf Russland auswirkten

Insbesondere nach dem Machtantritt Putins ab 1999 und die Rückgewinnung staatlicher Handlungsfähigkeit begannen sich nach und nach auf breiter Front und auf allen Ebenen die transatlantischen und antirussisch orientierten Kräfte in der EU zu formieren. Das war nicht nur auf Ebene von EU-Kommission und EU-Parlament zu beobachten, sondern in allen Mitgliedstaaten der EU. Besonders gut ließ sich das hierzulande sehen in der deutschen Politik, anhand von Parteien, Medien, Think Tanks, Stiftungen, NGO und dem Mainstream der Geschichtswissenschaften, die sich mit Außenpolitik und osteuropäischer und russischer Geschichte befassen. Vielfach im Einklang mit russischen Emigranten, die bestens im Wissenschaftsbetrieb verankert und vernetzt sind.

Die ausgestreckte Hand Putins nach Westen, zur EU wurde mehr und mehr zurückgewiesen. Seine Warnungen auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2007 vor einer von den USA dominierten unipolaren Welt und dem Vorrücken der Nato auf Russlands Staatsgrenzen wurden ignoriert und von den Massenmedien mit Hohn und Spott bedacht. Im Machtzentrum und Herrschaftsgefüge Russlands kam es dadurch zu politischen Veränderungen. Die Missachtung legitimer Sicherheitsinteressen Russlands, die Dämonisierung Russlands und das erneute Wachwerden von Russenhass weckten alte Einkreisungsängste, Sorgen um Auflösung des Vielvölkerstaats und die Eroberung des Ressourcenreichtums. Das blieb nicht ohne wachsenden Nationalismus, verband sich aber auch mit innergesellschaftlicher Repression. Hier sind die Antworten auf den außenpolitischen Kurs Russlands, verstärkte Aufrüstung und den mit der Ukraine unter Bruch des Völkerrechts begonnenen Krieg zu suchen. Der zentrale Machtzirkel um Putin scheint eine begrenzte Kriegsführung beibehalten zu wollen. Demgegenüber wird von der Opposition überwiegend ein Kurs zur Forcierung des Krieges vertreten (Brangsch, 2022). Inzwischen beginnen Nato und EU gemeinsam ihre Kräfte zu bündeln. Neue Stufen der Eskalation drohen. Jüngst durch die Zusage, schwere Kampfpanzer an die Ukraine zu liefern. Russland wird – selbst wenn es irgendwann zum Frieden kommt - geschwächt aus diesem Krieg herausgehen und seine bisherigen Bindungen an China noch vertiefen müssen. Gewinner werden bis auf weiteres jedenfalls die USA sein. „Verlierer sind nicht nur die Ukraine und Russland., sondern auch die EU und Deutschland, die unter den USA verzweigen. Um das Morden zu beenden, braucht es nicht mehr Waffen, sondern eine kluge Entspannungspolitik“, so Erhard Crome in der Jungen Welt schon im April letzten Jahres. Danach sieht es wohl auf lange Zeit nicht aus. Die wenigen klugen Stimmen in unserem Land, darunter erfahrene Militärs, finden in Politik und Massenmedien derzeit kaum Gehör. Und vor einigen Wochen wiesen Staaten des oben erwähnten Sperrriegels – Polen, Baltikum, Slowakei und Tschechei - eine neue, vom französischen Präsidenten Macron geforderte Sicherheitsarchitektur für Europa mit Garantien für Russland entrüstet zurück, weil Russland alle bisherigen Garantien nur ausgenutzt hätte, um Europa zu schwächen und zu spalten.

Zu Ausgangspunkt und Abwärtsspirale russischer Erdgasversorgung für West- und Osteuropa

Vor diesem Panorama haben sich die Entwicklungen der russischen Energieversorgung mit Erdgas für West- und Osteuropa vollzogen. Was sich ab den siebziger Jahren in der Phase der Ost- und Entspannungspolitik von Willy Brandt und Egon Bahr als vorteilhaft und auf viele Jahre zum gegenseitigen Vorteil entwickelte, wird bereits seit langem und jetzt auf Schritt und Tritt von herrschender Politik und Massenmedien uminterpretiert in einseitige Abhängigkeiten des Westens von Russland bzw. der Sowjetunion. Tatsächlich aber waren es wechselseitige Abhängigkeiten, die stets bestanden. Und Russland wird weiter von internationalen Märkten, Kapital und Technologien abhängig bleiben. Das legte der Wirtschaftshistoriker Jeronim Perović ausführlich dar in seiner im letzten Jahr erschienenen Veröffentlichung „Rohstoffmacht Russland“ (Perović, 2022). Dafür konnte er umfangreiches sowjetisches Archivmaterial auswerten. In welche Abhängigkeit die Sowjetunion selbst von Öl und Gas geraten war, das zeigte sich spätestens Mitte der 1980er Jahre, als der global geltende Erdölpreis einbrach, die weitreichenden Wirtschaftsprogramme unter Gorbatschow nicht verwirklicht werden konnten und den Niedergang der Wirtschaft beschleunigten.

Die eigentliche und folgenschwere Abhängigkeit hierzulande und in der EU wie auch anderswo bestand aber darin, dass man sich trotz allen berechtigten Warnungen vor drohenden Umweltkrisen und Klimagefahren nicht mit der fossilen Energiewirtschaft und jenen Wirtschaftszweigen anlegen wollte, deren Interessen sich profitgetrieben ungebrochen auf den Einsatz von Kohle, Öl und Gas richteten. Deshalb wurde in den letzten dreißig Jahren politisch und wirtschaftlich bewusst der systematische und flächendeckende Ausbau erneuerbarer Energien verschleppt. Solch ein konsequent betriebener Umbau hätte uns bis heute große Mengen an fossilen Energieträgern und große Schäden für Umwelt und Klima erspart.

Doch zurück zum Beginn der Abwärtsspirale für die Versorgung mit russischem Erdgas. Ein **wichtiger Ausgangspunkt** für die Verschlechterungen war im Rückblick die Absicht des damaligen EU-Kommissionspräsidenten Prodi zusammen mit dem französischen Präsidenten Chirac und Bundeskanzler Schröder – die Zusammenarbeit mit Russland nach dem Machtantritt Putins im Jahre 1999 durch eine Energie- und Technologiepartnerschaft zu vertiefen. Als Scharnier russisch-europäischer Kooperation sollte die Energiepartnerschaft gleichsam eine Vorstufe zum angestrebten Gemeinsamen Europäischen Wirtschaftsraum

bilden, aus dem zwar dann durch vielerlei politische Widerstände nichts wurde. Aber allein das ließ die Alarmglocken in den USA schrillen. Diese Zusammenarbeit durfte nicht gelingen. Die transatlantischen Kräfte beiderseits des Atlantiks sammelten und formierten sich – wie vorhin angedeutet - nach und nach über die Jahre zum Gegenstoß, um diese Entwicklung zurückzudrängen.

Daher stieß bereits die Entscheidung von SPD-Kanzler Schröder im Jahre 2006 zum Bau der ersten Ostseepipeline (Nord Stream 1), die anfangs in den Planungen der EU-Kommission noch im europäischen Interesse war, jenseits des Atlantik wie auch hier auf breiten Widerstand. Ebenso der Bau und Betrieb von Nord Stream 2. Beide Pipelines sind letztlich das Ergebnis einer weithin nicht gewollten gesamteuropäischen Friedens- und Sicherheitspolitik. Das Gastransitsystem der Ukraine hätte völlig ausgereicht für die Versorgung der EU. Es war aber seit langem nicht mehr politisch sicher und störungsfrei. Deswegen hat Russland seine Gasrouten diversifiziert, wie es im weltweiten Big Business des Geschäfts mit Rohstoffen üblich ist. Mit allen Pipelines wurde die Exportkapazität Russlands nicht vergrößert, sondern nur die Ukraine umgangen.

Es folgten viele Stationen auf dem Wege, der Versorgung mit russischem Erdgas ein Ende zu bereiten. Den **Schlusspunkt** setzte das am 26. September 2022 unter Schirmherrschaft der USA verübte Attentat auf die beiden Nord Stream Pipelines, die diese bis auf einen Röhrenstrang zerstörten, mit dem jährlich immer noch rund 30 Milliarden Kubikmeter Erdgas geliefert werden könnten.

Umbruch der Energieversorgung – von Russland zu den USA

Das Ziel der USA ist 2022 in greifbare Nähe gerückt: Die Öffnung des europäischen Marktes für teures und dreckiges US-Fracking-Gas und die Ablösung Russlands als bisher wichtigstem Energielieferanten für West- und Osteuropa. Im EU-Gasmarkt mit einem Importvolumen von vierzig Prozent werden die USA dieselbe dominante Rolle einnehmen wie Russland vor dem Ukraine-Krieg. Die Abhängigkeit in der Energieversorgung ist nur gegen eine andere getauscht worden. Lediglich Türschild und Preisschild haben gewechselt.

Mit Beginn des Ukraine-Krieges am 24. Februar 2022 kam sukzessive die Lieferung großer Mengen an russischem Erdgas nach West-/ Ost- und Südeuropa aus verschiedenen Gründen zum Erliegen bzw. wurde durch andere Quellen ersetzt. Polen sorgte beispielsweise für das Ende des Betriebs der Yamal-Pipeline, ohne in Deutschland groß um Einverständnis

nachzusuchen. Das wurde widerspruchslos hingenommen, obwohl die Pipeline u. a. wichtig war für die eigene Erdgasversorgung. Aber Deutschland lehnte es eben ab, weiter auf russisches Gas zu setzen und begann mit Einkäufen aus anderen Ländern, so vermehrt aus Norwegen per Pipeline und vor allen Dingen auf dem Spot-Markt für Flüssiggas (s. u.).

Größter Lieferant der EU für Flüssiggas (LNG) war allein bis Juni 2022 daher die USA mit rund 39 Milliarden Kubikmetern. Zweitgrößter Lieferant für LNG war – was gern verschwiegen wird - Russland mit einer Menge von rund fünfzehn Milliarden Kubikmetern. Der russische Privatkonzern Novatek kooperiert hier mit dem französischen Energiekonzern Total Energies.

Deutschland kaufte zu horrenden Kosten auf den **Spotmärkten Flüssiggas** ein. Allein im Auftrag der Bundesregierung wurden dafür bislang – soweit bekannt - **fast zehn Milliarden Euro** ausgegeben. Das trieb die Gaspreise an den Gasbörsen nach oben, sorgte für Riesenprofite der Gashändler und zudem im Stil einer neokolonialen Einkaufstour für **Gasmangellagen in Ländern des globalen Südens und Südasiens**. So wurden die eigenen Gasspeicher für das Winterhalbjahr aufgefüllt, flankiert durch die Gaspreisbremse, von deren zwanzig Prozent Einsparziel um vierzehn Prozent erreicht wurden. Eine Gasmangellage hierzulande dürfte damit praktisch für das jetzige Winterhalbjahr abgewendet sein, begünstigt auch durch einen bisher milden Winter. Ob es im nächsten Winter zu Versorgungsengpässen kommt, ist bislang wohl eher nicht wahrscheinlich, aber gewisse Risiken bleiben. So beispielsweise, wenn russisches Pipeline-Erdgas ausfällt, das bisher noch in einem jährlichen Umfang von ungefähr dreißig Milliarden Kubikmetern an einen Teil östlich und süd-östlich gelegener Mitgliedstaaten der EU geliefert wird.

Wie dem auch sei, im letzten Jahr konnten jedenfalls die Gasscheuern ordentlich aufgefüllt werden. Dafür wurde Gazprom Germania verstaatlicht. Dann der in finanzielle Schieflage geratene und für die Gasversorgung zentrale Energiekonzern Uniper. Insgesamt hat das fast fünfundsiebzehn Milliarden Euro gekostet. Das sind alles Rechnungen, deren Zeche die arbeitende Bevölkerung bis weit in die Mittelschichten hinein zahlen müssen.

Aufgeblähte Importstrukturen für Flüssiggas sollen bisherige Drehscheibe im europäischen Gashandel und Transit sichern

Weitere Kosten stehen an. So hat Deutschland praktisch unter Preisgabe von Umweltverträglichkeitsprüfungen mit dem Aufbau großer Importstrukturen für Flüssiggas begonnen. Die LNG-Terminals bewegen sich in einer Größenordnung von fast siebzig Milliarden Kubikmetern pro Jahr und sollen – so die rechtlichen Festlegungen - bis Ende 2043 betrieben werden. Sie dienen nicht nur zur eigenen Versorgung, sondern auch dafür, dass Deutschland weiter Drehscheibe im europäischen Gashandel und Transit bleiben kann. Bis Anfang 2024 sollen sechs sog. schwimmende Flüssiggasterminals in Betrieb gehen mit einer Gesamtkapazität von dreißig Milliarden Kubikmetern pro Jahr. Allein die fünf im Auftrag der Bundesregierung betriebenen schwimmenden Flüssiggasterminals kosten um die zehn Milliarden Euro und dürften letztlich größtenteils vom Steuerzahler zu bezahlen sein. Parallel dazu ist mit den Planungen von zusätzlich drei landbasierten LNG-Terminals begonnen worden.

Zu Kosten und Folgen des Wirtschaftskrieges gegen Russland

Russlands Einnahmen aus dem Verkauf fossiler Energieträger in Westeuropa, aber auch anderswo, sollen auf Null gebracht werden. Schätzungsweise belaufen sich bislang die Kosten des Wirtschaftskrieges allein für Deutschland auf 440 Milliarden Euro. Inbegriffen ein Inflationsschub. Allein von September 2021 bis September 2022 hatten sich die hier verkauften Konsumgüter preislich um 10 Prozent erhöht. Es ist der stärkste Preisschock seit 1949. Insgesamt stieg die Jahresteuersatzrate 2022 auf 7,9 Prozent. Hauptsächlich hat Erdgas die Inflationswelle angetrieben, bedingt durch die Ablösung billigen russischen Pipeline-gases durch extrem teures Flüssiggas. Zu Ursachen für die hohen Preise ist bereits vorstehend hingewiesen worden. Einen Eindruck verschaffen die Preisentwicklungen im Erdgas-Großhandel der letzten beiden Jahre (Anlage Schaubild 1). Mit einer Rückkehr zu vergleichsweise billigen Erdgaspreisen wie vor dem Ukraine-Krieg ist nach jetzigem Kenntnisstand nicht zu rechnen.

Verlierer und Profiteure des Wirtschaftskrieges

In Wirtschaft und Gewerbe kam es durch explodierende Energiepreise zu teilweise hohen bis sehr hohen Preissteigerungen. Besonders betroffen sind Energieerzeuger, energieintensive Erzeuger und Verarbeiter von Grundstoffen. Von besonderer Bedeutung sind die Preissprünge in Nahrungsgüterindustrie und Landwirtschaft. Vor allem arme und ärmere Haushalte sind Mehrfachbelastungen ausgesetzt durch den Preisanstieg für Konsumgüter und Energieverbrauch. Die hier geltenden Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme folgen dem Prinzip der Gießkanne und sind sozial nicht gerecht (Witt und Anlage Schaubild 2). Es droht Energiearmut. Die Inflation vernichtet inzwischen die Sparfähigkeit bis zur Bevölkerungsmitte. Das ärmste Fünftel der Haushalte braucht spezielle und zielgenaue Stützungsprogramme. Allen realen Gefahren zum Trotz für den Wirtschaftsstandort Deutschland, ersten Absatzbewegungen von Firmen mit hohem Energieverbrauch ins billigere Ausland, haben große Unternehmen prächtig profitiert. Dazu gehören Öl-/Gas- und Stromkonzerne wie RWE, Transport- Logistikkonzerne wie Amazon, Handelsketten wie DM und Autohersteller wie VW oder Stahlhersteller wie Thyssenkrupp (Garneiter, 2022). Und natürlich die Rüstungskonzerne dank des 100 Milliarden Sondervermögens für die Bundeswehr und künftig 2 Prozent des BIP, was – bleibt das BIP so hoch wie derzeit - konkret jährlich über 70 Mrd. Euro bedeutet.

Das Klima ist und bleibt auf der Strecke

Das Klima hat jedenfalls nicht profitiert. Es ist auch im letzten Jahr auf der Strecke geblieben. Trotz deutlich sinkendem Energieverbrauch stagnierte der Gesamtausstoß an Treibhausgasen. Das ist das Ergebnis von zusätzlich mindestens 35 Millionen Tonnen CO₂, die durch die Verfeuerung von mehr Kohle, Öl und importiertem Flüssiggas aus den USA entstanden sind (Garnreiter, 2022). Zusätzlich sorgte die Zerstörung der Nord Stream Pipelines im Ostseeraum durch das Entweichen von Methan umgerechnet für ungefähr 7,3 Millionen Tonnen CO₂. Und die jährlich von US-Präsident Biden gegenüber der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen zugesagte Lieferung von fünfzig Milliarden Flüssiggas aus den USA für die EU beschert jedes Jahr ein Mehr von dreißig Millionen Tonnen CO₂ gegenüber russischem Gas, hätte man es befördern können mit der Pipeline Nord Stream 2 (Anlage Schaubild 3).

Literatur:

1. Brangsch, Lutz: Wer hat die Macht in Russland?, in: Zeitschrift Luxemburg online, Dezember 2022 unter <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wer-hat-die-macht-in-russland/>; Abruf: 14.01.2022;
2. Crome, Erhard: Verzerrte Spiegelung, in: Junge Welt, S. 12 vom 22.04.2022;
3. Garnreiter, Franz: Wirtschaftskrieg, Gaskrise, Inflation – Auswirkungen in Deutschland, isw-spezial 36, München November 2022;
4. Hudson, Michael: Treiben die USA/NATO (mit Hilfe des WEF) eine Hungersnot im globalen Süden voran?, Beitrag vom 14.06.2022, in: <https://our-global-u.org/oguorg/en/michael-hudson/>; Abruf: 28.12.2022;
5. Perović, Jeronim: Rohstoffmacht Russland – eine globale Energiegeschichte, Böhlau Verlag, Köln 2022;
6. Rahr, Alexander: Die große geoökonomische Zeitenwende, in: WeltTrends Nr. 193, November 2022;
7. Witt, Uwe: Habecks Gas- und Strompreisbremse, Kurzanalyse vom 25.11.2022, in: <https://www.rosalux.de/news/id/49551/habeck-drueckt-auf-die-bremse-beim-gas-und-strompreis>; Abruf: 30.11.2022.

Verfasser: Dr. Detlef Bimboes, geb. 1946, Diplombiologe, Mitglied der Ökologischen Plattform bei der Partei DIE LINKE und der NaturFreunde Berlin.

Anlagen

Schaubild 1

Steigender Kurswert im Erdgas-Großhandel durch Wegfall von russischem Pipeline-Erdgas für Deutschland:

Kurswert 2022* rd. 93 Mrd. Euro für Verbrauchsmenge Erdgas 2022 von fast 80 Mrd. Kubikmeter

Kurswert 2021* rd. 31 Mrd. Euro für Verbrauchsmenge Erdgas 2021 von fast 94 Mrd. Kubikmeter

*Durchschnittswert am Terminmarkt

Schaubild 2

Zur Kritik von Gas- und Strompreisbremse

- Regelungen folgen Prinzip Gießkanne – egal ob arm oder reich. Energiearmut droht;
- Gaspreisbremse ohne Obergrenzen für subventioniertes Gasgrundkontingent;
- Gaspreisbremse ohne Verbot von Boni + Dividenden für Unternehmen mit einer Ausnahme (Firmen mit Eigenkapitalhilfen wie UNIPER);
- Gaspreisbremse ermöglicht bei Entlastungen größer zwei Mio. Euro Stellenabbau um max. zehn Prozent bis April 2025;
- Industriebetriebe dürfen subventionierte Gaspreismenge mit kleinen Einschränkungen verkaufen – Gefahr Stilllegung von Produktionsanlagen;
- Mangelhafte Übergewinnabschöpfung („Zufallsgewinne“) am Strommarkt. Selbst EU-Vorgaben nicht ausgeschöpft;
- Lächerliche „Solidaritäts-Abgabe“ für Unternehmen, die mit fossilen Brennstoffen handeln und hohe Profite einfahren. Selbst EU-Vorgaben nicht ausgeschöpft.

Schaubild 3

Was Nord Stream 2 dem Klima erspart hätte
USA-LNG und russisches Erdgas im Vergleich
Importmenge fünfzig Milliarden Kubikmeter*

Import	Herkunft	Freigesetzte CO2-Menge (Mio. Tonnen)	Bemerkungen
LNG-Erdgas	USA	rd. 140	Vorkettenemissionen incl. Regasifizierung und anschließende Verbrennung Zusammensetzung LNG: 85 % Fracking-Gas, 15 % konventionelles Erdgas
Erdgas Nord Stream 2	Russland	rd. 109	Vorkettenemissionen und Verbrennung

*Berechnungsgrundlagen und Literatur können beim Verfasser angefordert werden.